



Augsburger Ostermarsch 2014

Wer wir sind:

Die Augsburger Friedensinitiative besteht seit 1980 und ist ein loser Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen die sich für den Frieden engagieren. Die AFI trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 20 Uhr in der Kresslesmühle (Barfüßerstr. 4). Weitere Infos im Internet unter www.augsburger-friedensinitiative.de



Samstag, 19.04.2014 11.30 Uhr, Königsplatz

- Kundgebung mit Infoständen, Redebeiträgen von Jost Eschenburg (Pax Christi Augsburg), Martha Metzger und Thomas Hacker (VVN/BdA), Georg Stasch (Initiative friedliche Universität Augsburg) und Klaus Stampfer (AFI und DFG-VK)
- Musik von Gerda Heinzmann, Georg Stasch und Sambattac, Gedichtvortrag von Rosi Schulz
- Nach der Kundgebung Demonstration durch die Augsburger Innenstadt

Der Aufruf zum Ostermarsch wird unterstützt von:

AFI, Attac Augsburg, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), DIE LINKE, DKP, Initiative friedliche Uni Augsburg (IFUA), Pax Christi Augsburg, SDAJ, VVN/BdA Augsburg und Werkstatt Solidarische Welt.

V.i.S.d.P.: Klaus Länger, Dorfstraße 26, 89361 Landensberg, E.i.S.

Samstag, 19.04.2013, 10.30 Uhr



Interreligiöses Friedensgebet in St. Anna, Goldschmiedekapelle

Ostermarsch 2014

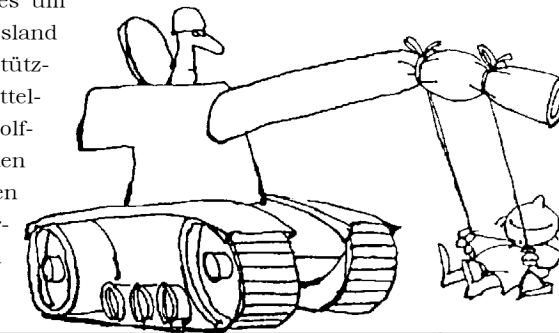
Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Rüstung

Die große Koalition: Friedenspolitik findet nicht statt

Fortschritte in der Friedenspolitik sind von der großen Koalition aus CDU, CSU und SPD nicht zu erwarten. So wird im Koalitionsvertrag an der festen Einbindung der Bundesrepublik in der NATO und der so genannten atomaren Abschreckung festgehalten: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.“ Auch der desaströse Krieg in Afghanistan wird als Erfolg verkauft. Es wird zwar betont, dass die Kampftruppen 2014 abgezogen werden sollen, zugleich wird aber klargestellt, dass die Koalition „zu einer angemessenen Beteiligung Deutschlands im Rahmen der Beratungsmission unter NATO-Führung, für den Fall, dass die völkerrechtlichen Voraussetzungen und die Beteiligung unserer Partner sichergestellt sind“ steht. CDU/CSU und SPD sind also bereit, den Krieg in Afghanistan auch nach 2014 an der Seite der USA unter Beteiligung der Bundeswehr fortzuführen. Das angebliche Ende des deutschen Afghanistaneinsatzes erweist sich als schlichter Betrug an der Öffentlichkeit. Für die tatsächlich abgezogenen Truppen haben Verteidigungsministerin von der Leyen, Außenminister Steinmeier und auch Bundespräsident Gauck schon neue Betätigungsfelder in Afrika ausgemacht.

Für Frieden im Nahen und Mittleren Osten

Im Bürgerkrieg in Syrien geht es um geostrategische Interessen. Russland möchte seinen einzigen Militärstützpunkt und Verbündeten im Mittelmeerraum behalten, Israel, die Golf-Monarchien und die NATO-Staaten wollen dem Iran einen Verbündeten entziehen. Die Türkei möchte verhindern, dass die Kurden einen eigenen Staat errichten können.



Sa. 19.04.2014, 11.30 Uhr, Königsplatz

AFI Augsburg Friedensinitiative





Daher haben die westlichen Staaten primär die Teile der syrischen Opposition oder syrische Exilpolitiker unterstützt, die durch ihre Forderung nach einem Sturz der Assad-Regierung eine mögliche Verhandlungslösung verhindert haben. Inzwischen hat der Bürgerkrieg auch Auswirkungen auf den Libanon und den Irak, der zudem immer noch unter den Folgen des völkerrechtswidrigen Krieges leidet, den die westlichen Staaten vor 10 Jahren geführt haben, um die Herrschaft des unbequem gewordenen Saddam Hussein zu beenden. Wir sind der Ansicht, dass der Bürgerkrieg in Syrien nur durch Verhandlungen aller Parteien einschließlich des Iran zu lösen ist, die Beseitigung der Chemiewaffen ist ein positiver erster Schritt.

Die Augsburgener Friedensinitiative (AFI) begrüßt auch, dass der Westen und der Iran über eine Begrenzung des iranischen Atomprogramms und die Aussetzung der Sanktionen verhandeln. Letztlich kann aber nur die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten, die auch die kontrollierte Vernichtung der israelischen Kernwaffen einbezieht, den Konflikt dauerhaft lösen. So könnte auch der Iran davon überzeugt werden, ganz auf ein Atomprogramm zu verzichten – denn nicht erst seit Fukushima wissen wir, dass auch die zivile Nutzung der Kernkraft lebensbedrohend und letztlich nicht beherrschbar ist.

Rüstungsexporte beenden

Die Bundesrepublik ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur. Dabei hatten die bisherigen Bundesregierungen keine Skrupel, Waffen in Krisenregionen zu verkaufen oder an Diktaturen zu

liefern. Beispiele dafür waren die geplanten Panzerdeals mit Saudi Arabien, Katar und Indonesien oder die Lieferung von U-Booten, die als Atomwaffenträger genutzt werden können, an Israel und Singapur. Auch in Syrien wird mit deutschen Waffen gemordet. Eine weitere Stärkung der deutschen Rüstungsindustrie ist auch ein erklärtes Ziel der großen Koalition. Im Koalitionsvertrag wird festgestellt, Deutschland habe „ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“. Rüstungsexporte sollen also weiterhin zur geopolitischen Einflussnahme genutzt werden. Zudem sollen sie die sinkenden Rüstungsausgaben der Bundeswehr kompensieren, die vermehrt zu Entlassungen bei Rüstungsfirmen führen. Diese könnten besser durch eine rechtzeitige Rüstungskonversion, also den Umstieg auf zivile Produkte, vermieden werden. Es stünde der Friedensstadt Augsburg gut zu Gesicht, eine Konversion hiesiger Rüstungsbetriebe zu fordern und zu fördern.

Einer der größten Hersteller von Kleinwaffen, also Gewehren, Maschinenpistolen und Maschinengewehren, ist die deutsche Firma Heckler & Koch. Gegen sie wird seit 2010 ermittelt, da Gewehre ohne Genehmigung in mexikanische Krisenregionen geliefert wurden. Trotzdem genehmigte die letzte Bundesregierung 2012 den Export von mehr als doppelt so vielen Kleinwaffen als im Vorjahr. Bis zu 90 Prozent aller Zivilpersonen, die in gewaltsamen Konflikten getötet werden, fallen diesen Waffen zum Opfer. Dieses Morden in Zukunft zu verhindern, ist Ziel der Aktion Aufschrei, eines Aktionsbündnisses verschiedener Organi-

sationen, die für ein Ende des Rüstungsexports eintreten. Auch die AFI ist Teil dieses breiten Aktionsbündnisses.

Nein zu Kampfdrohnen für die Bundeswehr

Die USA, Großbritannien und Israel verwenden unbemannte Flugzeuge, so genannte Drohnen, für „gezielte Tötungen“, also Angriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Terroristen. Diese Angriffe sind staatlich sanktionierter Mord und zudem völkerrechtswidrig, wenn sie auf fremdem Staatsgebiet stattfinden. Drohnenangriffe werden als Terrorattacken wahrgenommen und führen damit zu neuen Anschlägen als Racheaktionen. Terrorismus wird durch Drohnenangriffe also keineswegs beendet, sondern sogar noch befördert.

Die Bundesrepublik verfügt zwar nicht über bewaffnete Drohnen, will aber an der Entwicklung dieser gefährlichen Technologie festhalten. Nicht zuletzt, da Drohnen als künftiger Exportschlager der Rüstungsindustrie gelten.

Keine Rüstungsforschung an der Uni Augsburg – Keine Bundeswehr an Schulen

Die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen (IMI) hat vor vier Jahren eine Studie zur Militärforschung an deutschen Hochschulen veröffentlicht, laut der an etwa 60 Universitäten und Hochschulen wehrtechnische und wehrmedizinische Forschungen betrieben werden – auch für das US-Militär. Lehrende und Studierende werden teilweise sogar ohne ihre Kenntnis für Rüstungsforschung eingespannt. Die AFI unterstützt die Forderung von Studierenden und Lehrenden nach Einführung

einer Zivilklausel in die Grundordnung der Universität Augsburg. Darin soll sich die Universität verpflichten, nur Forschungsvorhaben zu betreiben, die ausschließlich zivilen Zwecken dienen. Weitere Informationen dazu gibt es bei der Initiative Friedliche Uni Augsburg. Die AFI hat auch den „Augsburger Aufruf“ des „Bayerischen Bündnisses für zivile Bildung und Wissenschaft“ (<http://zk-bayern.jimdo.com>) unterschrieben, das sich bayernweit für die Verankerung von Zivilklauseln an Universitäten und gegen die Kooperationsvereinbarungen der Bundeswehr mit Schulen einsetzt.

Selbst aktiv werden

Laut einer aktuellen Umfrage spricht sich eine breite Bevölkerungsmehrheit gegen Bundeswehreinsätze aus. Nur die richtige Meinung zu haben, reicht aber nicht aus. Setzen Sie sich dafür ein, dass aktuelle Kriege beendet und Konflikte in Zukunft friedlich bewältigt werden:

- Unterstützen Sie die Aktionen der AFI und anderer Friedensgruppen
- Setzen Sie sich für eine Zivilklausel an der Universität Augsburg ein.
- Unterstützen Sie die Aktion Aufschrei (Details unter www.aufschrei-waffenhandel.de)
- Wenden Sie sich an Ihre Bundestagsabgeordneten und fordern Sie einen Stopp der Rüstungsexporte und aller Kriegseinsätze der Bundeswehr
- Fordern Sie auch den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus der Bundesrepublik